

Arbeitsskizze/Pflichtenheft der CDU Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen für die Jahre 2014 bis 2020 – das Kommunalpolitische „Programm 2020“ der Christlich Demokratischen Union im Bezirk

(0) Vorwort:

Mit Blick auf die kommende Amtszeit legen CDU Rheinhausen und CDU Rumeln-Kaldenhausen politische Aussagen und Ziele fest. Gerade im kommunalpolitischen Bereich sind Programme und Strategien stets zu aktualisieren. Aus diesem Grunde sieht die CDU die vorliegende Arbeitsskizze als Pflichtenheft mit Stand Frühjahr 2014 an. Eine Fortschreibung erfolgt einmal im Jahr.

(1) Kindergarten / Elementarerziehung

Der Ausbau des **U 3-Bereichs** ist wichtig, von der CDU gewollt und wird von der Bezirks-CDU auf angemessene Realisierung überprüft. Die aktuellen Maßnahmen „ehemalige Schule Am Kreuz“ (Düsseldorfer Straße, Kaldenhausen“ und „ehemaliges Jugendforum“ (Am Holderbusch, Bergheim) sind rasch fertigzustellen. Eine Betreuungsquote von etwa einem Drittel aller unter Dreijährigen ist als Zielmarke für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot realistisch. Es muss gewährleistet sein, dass Kinder unter drei Jahren feste Bezugspersonen haben und alle Kinder vielfältige Impulse und Unterstützung in ihren Bildungsprozessen erfahren. Die pädagogischen Fachkräfte müssen neben den theoretischen Fachkenntnissen hohe Handlungskompetenz aufweisen. Bei allem U 3-Engagement darf nicht akzeptiert werden, dass das **Ü 3-Angebot** darunter leidet. Für die CDU gilt: Jedes Kind hat vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

(2) Grundschule / Primarstufe

Die Entwicklung der **Grundschule** mit den erneut geänderten Rahmenbedingungen wird von der CDU auch im Bereich der Ganztagsbetreuung positiv begleitet. An den Grundschulen sind erkennbar bauliche Rückstände aufzuarbeiten. Beispiele: In der Schule „Am Borgschenhof“ geht es mit dem Erweiterungsbau nicht weiter, in der Schule „Auf dem Berg“ ist die Heizung nicht zu regulieren, die Rohrsysteme der Toiletten funktionieren kaum. Auch in den Schulen an der Bergheimer Straße und der Krefelder Straße sind die Toiletten seit Jahren ein Problem. Die Sanierung der Turnhalle an der Breslauer Straße (Rumeln) stockt. Insgesamt fehlt an vielen Grundschulen Personal, insbesondere für die Betreuung am Nachmittag. Für Quereinsteiger und die Eingliederung behinderter Kinder (Inklusion) stehen nicht genügend Fachkräfte/Integrationshelfer zur Verfügung.

Beim Pflichtfach „**Schwimmen**“ im **Grundschulbereich** steht fest, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen in Rheinhausen nicht erfüllt werden. Die CDU fordert das Fachamt auf, alle gesetzlichen Ansprüche sicherzustellen. Schwimmen ist nicht nur überlebenswichtig, sondern auch gesund und es fördert zudem die kindliche Entwicklung. Es unterstützt die Unabhängigkeit und stärkt die Selbstständigkeit und das Selbstbewusstsein.

(3) Weiterführende Schulen / Sekundarstufe

Die **Sekundarschule** im Rahmen des „historischen NRW-Schulkompromisses“, dieser verabredet im Landtag am 19. Juli 2011, wird akzeptiert, es kommt nunmehr auf Inhalte und Qualitäten an. Denn nur guter Unterricht ermöglicht Bildungserfolg und damit Bildungsgerechtigkeit.

Vor allem die Vielfalt der Schullandschaft muss erhalten bleiben. Die weiterführenden Schulen mit Oberstufen genießen Bestandsschutz. Alle bestehenden Schulen müssen gleichwertig unterstützt werden. Die CDU ist gegen die Bevorzugung von bestimmten Schulformen aus ideologischen Gründen.

Eines der wichtigsten Themen für die CDU ist ferner die Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** im Bereich Schule. Auch hier steht das Thema

Qualität an erster Stelle. Um einen qualitativ hochwertigen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung durchführen zu können, müssen viele Bedingungen erfüllt sein, deshalb unsere Forderung: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Für unseren Stadtbezirk bedeutet das, dass wir unsere Gymnasien (**Albert Einstein** und **Krupp**), die Gesamtschulen (**Lise Meitner** und **Heinrich Heine**) sowie das **Willy-Brandt-Berufskolleg** als tragende Säulen im Bereich der schulischen Bildung unterstützen und fördern. Neben den bereits etablierten Schulformen bietet der Schulkonsens die Möglichkeit zur Einführung einer neuen Schulform: die Sekundarschule.

Die Sekundarschule soll in neuen Konzepten die guten Ansätze der pädagogischen Arbeit von Haupt- und Realschule verbinden und durch längeres gemeinsames Lernen die Bildungschancen der Kinder/Jugendlichen in unserem Stadtbezirk verbessern.

Durch die Neugründung einer **Sekundarschule** würden im Stadtbezirk die bestehenden Hauptschulen und die Realschule sukzessiv auslaufen und am Standort der heutigen Realschule am Körnerplatz die neuzugründende Schule ihren Standort finden.

Diese zusätzliche Säule in der Schullandschaft wird nur möglich, wenn die Eltern durch ihr Votum - in einer von der Kommune verpflichtend durchzuführenden Elternbefragung der betroffenen Kinder - diese Schulform akzeptieren und ihre Kinder an der Sekundarschule anmelden wollen/werden.

Die CDU im Stadtbezirk setzt sich dafür ein, dass es eine Gleichbehandlung der Schulen in Bezug auf a) bauliche Instandhaltung, b) Ausstattung (Mobilier, Technik etc) und c) Lehrer-/Schülerschlüssel geben muss. Eine neue Schulform darf nicht mit einer bevorzugenden Sonderregelung, wie seinerzeit bei der Einführung der Gesamtschule, einhergehen.

Neben diesem Umbau in der Schullandschaft setzt sich die CDU im Stadtbezirk kritisch mit dem Thema **Inklusion** auseinander.

Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen soll bestmöglich zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur Entfaltung ihrer Talente geholfen werden.

Dies war und ist der Anspruch der Förderschulen und daher auch zentraler Ansatz der Inklusion.

Die Umstrukturierung des komplexen Systems von sonderpädagogischen Einrichtungen und allgemeinen Schulen stellt eine große Herausforderung dar. Wir wollen einen ehrlichen Zeitplan bei der Realisierung von Inklusion im Interesse unserer Kinder/Jugendlichen. Übereilte Maßnahmen, die Qualitätsanforderungen und Ressourcenfragen außer Acht lassen, sind nicht verantwortbar.

Die CDU setzt sich für den Erhalt der Förderschulen **Dahlingschule** (Schwerpunkt Lernen) und **Friedrich-Fröbel-Schule** (Schwerpunkt Geistige Entwicklung) ein, da es sich unsere Gesellschaft nicht erlauben kann, funktionierende Systeme zu zerstören, ohne qualitativ hochwertige Alternativen anzubieten.

(4) Sport / Schulsport / Freizeit

Die CDU begrüßt beim **Vereinssport** die Zusammenarbeit der Vereine **OSC Rheinhausen** und **TB Rheinhausen**. In diesem Zusammenhang sind für die Anlage Gartenstraße/In den Peschen Investitionen geplant, die nicht nur für die dann fast 4000 Vereinsmitglieder dringend geboten sind, sondern auch die in die Jahre gekommene Anlage merklich in die Zukunft führt. Hier soll ein zukunftsweisendes **Sportzentrum** im Mittelpunkt stehen, welches generationenübergreifend, integrativ, interkulturell und stadteilvernetzend ausgerichtet sein wird. Dieses Projekt unterstützt die CDU ausdrücklich.

Bei den Vereinen bauen sich immer mehr „to-do-Listen“ auf, die die Verantwortlichen kaum noch allein erledigen können. Es macht Sinn, dass es zwischen den Vereinen und der Öffentlichen Hand mehr Kommunikation und Hilfestellungen gibt, um zum Beispiel Strategien für eine energetische Verbesserung der Vereinsanlagen zu entwickeln (Flutlicht, Heizung, Dusche, Beleuchtung).

Die CDU freut sich, dass der **FC Rumeln-Kaldenhausen** nach monatelangem Überlebenskampf seine Anlage An den Wieen weiterführen kann.

Die CDU unterstützt das Projekt des **Rumelner Turnvereins**, den Sportplatz hinter der Sporthalle des Schul- und Kulturzentrums zusammen mit der Schule zu nutzen. Insbesondere das Projekt, die Tenne in ein Kunstrasenspielfeld zu verändern und zudem ein Kleinspielfeld anzulegen, findet die Zustimmung der CDU. Auf diese Weise haben speziell die Fußballer des RTV neben dem B-Platz am Waldborn und dem dort mittlerweile angelegten kleinen Kunstrasenplatz weitere Trainings- und Spielflächen. Diese sind unbedingt vonnöten, da der A-Platz schwerpunktmäßig von anderen Abteilungen des Großvereins genutzt wird.

Für den Sport in Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen kann sich die CDU angemessene **Kooperationen** zwischen den Vereinen vorstellen mit dem Ziel, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und Synergie-Effekte zu ermöglichen.

Durch den Wegfall der Hallenflächen „Kirchfeld“ und „Ulmenstraße“ in Rumeln-Kaldenhausen sind die Handballer der **HSG Vennikel-Rumeln-Kaldenhausen** und weitere Indoor-Ballsportarten des RTV in größte Bedrängnis gekommen. Mannschaften können nicht mehr gebildet werden, junge Menschen wenden sich Sportvereinen jenseits der Stadtgrenzen zu, komplette Teams sind mittlerweile „ausgewandert“. Aus diesem Grund fordert die CDU eine neue Doppelturnhalle. Als Standort bietet sich das Schulgelände Düsseldorf Straße/Schulallee an.

Am Schul-Standort **Krupp / Heinrich-Heine** in Rheinhausen befinden sich zwei in die Jahre gekommene **Turnhallen**. Hier sind Neubauten unbedingt vonnöten. Es kann nicht sein, dass das wichtige Fach der Leibesertüchtigung an den weiterführenden Schulen in Rheinhausen nur noch unter erschwerten Bedingungen möglich ist.

Den Wassersport-treibenden Vereinen am Toeppersee (**Wassersportgemeinschaft Rumeln-Kaldenhausen, Brettsegler Rheinhausen, Wasserskiclub Rheinhausen**) und allen an den verschiedenen Seen ansässigen Angelsportvereinen (**ASV Gut Biss, ASV Kruppsee, IG der Angelfreunde Rheinhausen**) ist eine angemessene Ausübung ihres Vereinszwecks sicherzustellen.

Von der Öffentlichen Hand ist für die Betreuung der Vereine ausreichend **Personalkapazität** vorzuhalten (Hallennutzungspläne, Antragswesen). Diese soll auch die Vereine informieren und bei Bedarf beraten.

Das neue **Hallenbad am Toeppersee** ist als Bad sowohl für Schulen und Vereine als auch für die Bürgerschaft darzustellen. Die CDU fordert eine konzertierte Aktion, um das Bad mehr in den Blickpunkt der Menschen zu rücken. Nach wie vor hält die CDU an der Idee fest, mit einer attraktiven Liegewiese das Hallenbad im Sommer zu einem „gefühlten Freibad“ werden zu lassen. Für die Versorgung der Erholungsuchenden ist Sorge zu tragen (zum Beispiel mobiler Kiosk). Da das Baden/Schwimmen in Toeppersee und Tegge verboten ist, muss darauf geachtet werden, dass Freibad-Freuden im Kruppsee auf Dauer gewährleistet sind. Dem **Schwimmverein Rheinhausen** muss auch weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, am Kruppsee seine Dienste zu angemessenen Bedingungen anbieten zu können.

Im Bezirk werden für die Freizeitgestaltung „vor der Haustür“ ausreichend **Parks und Spielplätze** vorzuhalten sein.

Sowohl der demographische Wandel als auch der Weg zur Ganztagschule führen dazu, dass sich Konzepte für Park-/Grünanlagen und Spielplätze in einem dynamischen Prozess befinden müssen.

Die CDU Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen setzt sich für **barrierefreie Park- und Grünanlagen** ein. Unsere Grünanlagen dürfen für Senioren, Familien mit Kindern und Kinderwagen und Menschen mit Handicap keine Hindernisse beinhalten.

Die Beschilderungen der Parkanlagen sollen mit Standortnummern und die Parkbänke mit **GPS-Koordinaten** versehen werden, damit im Notfall genaue Aufenthaltsorte definiert werden können und schnelle Hilfe vor Ort sichergestellt wird.

Die **Spielplätze** im Bezirk werden durch die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg geplant und unterhalten. Dies hat sich in den letzten Jahren im engen Dialog mit der Kommunalpolitik vor Ort und insbesondere den Kümmerern bewährt. Hier setzt sich die CDU Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen für eine Beibehaltung der Ist-Situation ein. Es ist wichtig, dass ausreichend Spielflächen zur Verfügung gestellt werden, da im Bezirk immer mehr Schulen

einen Ganztagsbetrieb haben und die Schulhöfe nicht mehr, wie in der Vergangenheit im Nachmittagsbereich, allen Kinder aus der Umgebung zum gemeinsamen Spiel zur Verfügung stehen. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass sich die Ausgestaltung der Spielplätze an den Anforderungen und Wünschen der im Umfeld lebenden Kinder und Jugendlichen orientiert. Beispiel: Ein Spielplatz, der in einem Wohngebiet mit jungen Familien und kleinen Kindern eingerichtet wird, muss mit den Kindern und deren Ansprüchen wachsen. Motto: heute ein Spiel-, morgen ein Bolzplatz.

Es ist dafür zu sorgen, dass Haustierbesitzer, insbesondere **Hundefreunde**, ausreichend Möglichkeiten für ein gedeihliches Miteinander von Mensch und Tier vorfinden. Konkret muss es für den Bezirk Rheinhausen mindestens vier Auslaufflächen geben. Neben den weitläufigen Möglichkeiten in Friemersheim und Rumeln-Kaldenhausen werden die beiden Standorte an der Tegge - westlich des Lohfelder Weges - und am Toeppersee dringend benötigt.

(5) Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen

Die Möglichkeiten für **Menschen „im dritten Lebensabschnitt“** sind mit den gegebenen Möglichkeiten, aber auch mit neuen Ideen nicht nur zu erhalten, sondern noch auszubauen.

Mehr denn je verspricht dieser Lebensabschnitt Lebensfreude und Selbstbestimmtheit, Kompetenzen und Erfahrungswissen – trotz mancher gesundheitlichen Handicaps.

Wie und wo will ich im Alter leben? Was passiert, wenn ich auf Hilfe angewiesen bin? **Mehrgenerationenwohnen** und **altersgerechte Wohnformen** sind zu fördern. Beispiele sind die neue Nutzung der ehemaligen Geestschule in Friemersheim und das Projekt ehemalige Kirchfeldschule in Rumeln (W.I.R.).

Vorbildlich zeigen sich bereits die Rumelner Hausgemeinschaften (seit 2006): Das ehemalige Rathaus in Rumeln ist das erste Altenpflegeheim in Duisburg mit einem **Hausgemeinschaftskonzept**. Hier wird in kleinen Gemeinschaften von maximal 13 Bewohnern gelebt, begleitet und gepflegt. In den Rumelner Hausgemeinschaften wird jeder Bewohner individuell unterstützt und dabei Wert auf eine lebendige Haus- und Mitarbeitergemeinschaft gelegt. Vorbildlich

ist beispielsweise auch die **Senioren-Wohnanlage** Ulmenhof in Kaldenhausen (seit 1995).

Wichtig ist, dass uns die Anzahl an **Seniorenbetreuungsstätten** (Begegnungs- und Beratungszentren und Seniorentreffs) erhalten bleibt. Die mittlerweile in freier Trägerschaft befindlichen Seniorentreffs Hochemmerich (Hans-Böckler-Straße) und Eisenbahnsiedlung (Johannes-Büttner-Haus) wurden von der CDU mit-initiiert und werden von der CDU auch morgen noch ohne Wenn und Aber unterstützt. Es wäre ein Unding gewesen, diese Standorte einfach aufzugeben.

Insbesondere im Mittelpunkt sollen Projekte stehen, die es ermöglichen, dass Menschen möglichst lange **selbstbestimmt** und **selbstständig** leben können. Entsprechende Wohn- und Lebensformen (Bedarfsgemeinschaften) mit altersgerechten Rahmenbedingungen (Barriere-freie oder -reduzierte Wohnungen, günstige Wohnlagen, angemessene infrastrukturelle Versorgung, Verbesserung der Mobilität im Straßenraum, Steigerung des Sicherheitsgefühls) sind zu fördern.

(6) Handwerk / Handel - Arbeitsplätze / Wirtschaft

Was die **wirtschaftliche Weiterentwicklung** im Stadtbezirk betrifft, so ist vor allem denjenigen Einhalt zu gebieten, welche in ausgewiesenen Gewerbegebieten Wildwiesen und die Umwidmung in Einfamilienhaus-Bebauung fordern (bei sinkenden Einwohnerzahlen), statt sich um die Ansiedlung von Unternehmen zu kümmern. Dies hätte zur Folge ein Nein zu kleinen und mittleren Unternehmen, die es doch zu gewinnen und zu fördern gilt! Daher ist das Angebot für ansiedlungswillige kleinere und mittlere **Handwerksbetriebe** nicht zu verringern, sondern zu erweitern (Beispiel Hochemmerich-Süd, Bereich Friedrich-Alfred-Straße / Ursulastraße). Das Gewerbegebiet Borgschenweg, einst auf einem guten Weg zu einem „Handwerkerhof“, darf nicht zu Wohnzwecken umgewidmet werden.

Da die **Gewerbe- und Industrieflächen** im Bezirk Rheinhausen weitestgehend genutzt werden, setzen wir den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Forderungen auf die Vermittlung von Standorten von kleinen und mittleren Unternehmen und auf eine aktive, Ergebnisse liefernde Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Die gewerbliche **Wirtschaft** muss akzeptable Rahmenbedingungen behalten, um auch künftig eine angemessene Anzahl an Arbeitsplätzen anbieten zu können. In diesem Zusammenhang ist die Höhe der Gewerbesteuer stadtweit auf den Prüfstand zu stellen. Es ist wichtig, dass ausreichend Konsum- und Steuerkraft im Bezirk erzeugt wird. Beim Konsum ist auf eine bürgernahe Versorgung zu achten!

Rheinhausen ist zum jetzigen Zeitpunkt in der Nahversorgung recht gut ausgestattet. Das Hauptaugenmerk sollte zuerst einmal auf der Weiterentwicklung und -erweiterung der schon bestehenden Märkte/Standorte erfolgen.

Der Wunsch des **Handel-Manager** nach stets größeren Verkaufsaggregaten und das Anliegen der (immer älter werdenden) Menschen auf wohnortnahe Versorgung zumindest mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs müssen immer wieder ganz individuell in Einklang gebracht werden. Starre und veraltete Einzelhandelskonzepte helfen da nicht weiter.

Für den Bereich **Bergheim** gilt, dass neue Verkaufseinheiten für den kurzfristigen Bedarf (Vollversorger), wenn sie denn Freiflächen belegen wollen, nur dann möglich sind, wenn parallel dazu größere Siedlungen geschaffen werden/worden sind.

Für **Rumeln-Kaldenhausen** ist es sinnvoll, dass der bislang im Ort doppelt vertretende Vollversorger sich nicht auf eine zentrale Fläche konzentriert und damit seine dezentralen, bestens angenommenen Standorte aufgibt, sondern dass an der Rathausallee, da hier unstrittig die rechtliche Möglichkeit dazu besteht, ein anderer Vollversorger siedelt.

(7) Fließender und ruhender Verkehr

Der Stadtbezirk Rheinhausen besitzt aus Verkehrs- und logistischer Sicht eine national/international überragende Bedeutung. Auf den logport-Arealen I und III wird ein wesentlicher Teil der Fracht, die von der Duisburger Hafen AG umgeschlagen wird, empfangen, veredelt, portioniert und versendet.

Durch den Umbau der Krupp-Brache zum Logistikstandort haben sich - trotz der anerkanntenswerten Trimodalität (Wasser, Schiene, Straße) - die Verkehre

vermehrt. Es bedarf daher der umgehenden Vorlage des seit Jahren angemahnten **Gesamtverkehrskonzeptes durch die Stadt Duisburg**. Insbesondere die **Weiterführung der Osttangente bis zur A 40** - die in Rheinhausen ansatzweise beschlossen, dann aber im Duisburger Stadtrat mehrheitlich abgelehnt wurde - ist eine wichtige Forderung der CDU. Die heutige L 473n verringert die Belastungen der Hohenbudberger Straße, des Schelmenwegs, der Krefelder Straße wie auch der Jägerstraße. Dennoch sind diese Straßenabschnitte weiter zu beobachten.

Zur Verbesserung des **Lärmschutzes in den Wohnquartieren** müssen dauerhaft die Fahrbahnbelege, insbesondere die der Durchgangsstraßen, instandgesetzt sein. Diese werden dann auch die Lärmbelastung durch Lkw merklich senken. Eine **Lärmaktionsplanung** hat die besonderen Bedingungen entlang der Logistikdiagonalen zu berücksichtigen!

Ausreichender Raum für den ruhenden Verkehr muss in allen Ortsteilen stets gewährleistet werden. Dies gilt sowohl für den PKW- als auch für den LKW-Verkehr.

Das Lenkungssystem der Lkw-Verkehre ist stetig zu aktualisieren. Insgesamt ist der zum Teil irritierende Schilderwald zu durchforsten und zu aktualisieren. Straßennamen-Schilder müssen zielführend, sprich lesbar sein.

Somit hat die Behandlung des fließenden und ruhenden **Verkehrs** mit Augenmaß zu erfolgen. Für den Stadtbezirk hat ein Verkehre führender Masterplan bei gleichzeitiger Abbildung von verkehrsberuhigten Wohnquartieren diesen Vorgaben in möglichst allen Punkten zu folgen.

Das **Bus-System** muss sich auch in Zeiten knapper Kassen den Anforderungen insbesondere der nicht mobilen Bevölkerungsschichten (Schüler, Senioren) anpassen. Der Netzplan des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs muss so aufgestellt sein, dass die Bevölkerung vorgibt, wo sie hin will und nicht, wo sie hin zu fahren hat! Die Brücke an der Cölve muss rasch wieder für den Busverkehr möglich sein, die momentan zu fahrenden Umwege kosten Zeit und Geld.

Die **Bahn-Angebote** in Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen sind zu sichern, die dortigen Rahmenbedingungen sind aktuellen Herausforderungen

anzupassen (behindertengerechte Gesamtsituation, Sicherheit durch Überwachung).

Besonderes Augenmerk der CDU gilt der **Park- & Ride Situation** in Rheinhausen. Die Anbindung per Zug von und nach Rheinhausen ist immer wichtiger geworden. Deshalb fordert die CDU die Weiterentwicklung des Umfeldes des Rheinhauser Bahnhofs in den Bereichen von Windmühlenstraße und Behringstraße. Die Interessen der Anwohner und der Bahnkunden sind aufeinander abzustimmen.

(8) Stadtteilentwicklung

Die CDU bewertet im Rahmen eines infrastrukturell sinnvollen, ökologisch vertretbaren und demographisch angepassten Stadtteil-Konzepts die Bebauungsaktivitäten in **Rheinhausen** als eine ergänzende und sorgfältige Umsetzung von Forderungen und Neuerungen.

Um Käuferpotential zu binden und der Alterung der Rheinhauser Stadtteile entgegen zu wirken, sollen Neubaugebiete für junge Familien zielgerichtet entwickelt werden. Dabei steht eine hochwertige, individuelle Bebauung im Vordergrund. Als Beispiele dienen hier die Planungen an der Jägerstraße und Schwarzenberger Straße/Glückauf-Platz. Ebenso muss die Nutzung und Entwicklung in **Friemersheim** weiterverfolgt werden, angesprochen sind hier der Bereich Marktplatz, Kaiserstraße und das Gelände des Tennisclubs.

In **Bergheim** ist ein Schwerpunkt zu legen auf die Revitalisierung des ehemaligen Schulgrundstücks Lange Straße/Trompeter Straße. Für diesen Bereich bietet sich eine angemessene Wohnbebauung an.

Natürlich sind auch Baulücken zu schließen, dabei ist aber besonders auf die sinnvolle äußere Gestaltung der neuen Häuser zu achten, damit diese sich ergänzend in das bestehende Straßenbild einfügen und die betroffene Straße sich zu einem harmonischen Ganzen entwickelt.

Bei allen Baumaßnahmen ist der Natur Rechnung zu tragen, umweltschonende Fuß- und Radwege sind in das Wegenetz einzufügen (Beispiel: Verbindung im Bereich Friedrich-Alfred-Straße/Ursulastraße). Ökologisch wertvolle Gebiete

sind zu schützen, im Flächennutzungsplan dürfen diesbezüglich keine Änderungen vorgenommen werden.

Im Rahmen eines infrastrukturell sinnvollen, ökologisch vertretbaren und demographisch angepassten Stadtteil-Konzepts sind die Bauaktivitäten in **Rumeln-Kaldenhausen** vertretbar und akzeptabel. Bei weiteren Bauaktivitäten ist auf ausreichend Grünfläche zu achten. Der Ort ist maßvoll weiterzuentwickeln.

Unnötiger Geländeverbrauch ist zu vermeiden. Zuerst müssen Brachen/Ruinengrundstücke, mithin versiegelte Flächen freigeräumt und neu bebaut werden, Baulücken sind maßvoll zu schließen (Beispiele: Abriss Bauernhof Düsseldorfer Straße, ehemaliges Schulgelände Fröbel-Schule Kaldenhausen, Bebauung Franz-Liszt-Straße/Moerser Straße).

Die wertvolle Flora und Fauna auf den Feldern und Wiesen in Rumeln-Kaldenhausen muss erhalten bleiben. Das ökologische Kleinod „Schacht Fritz“ kann zu einem naturnahen Freizeittreff entwickelt werden.

(9) Integration / ein Mehr an Miteinander

Duisburg ist eine auch von zugewanderten Menschen geprägte Stadt. Über die Hälfte aller Duisburger Kinder hat eine Zuwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund). Die Kinder sprechen mehr als eine Sprache und sind von mehr als einer Kultur geprägt. Die CDU sieht als wesentliches Element für eine erfolgreiche Integration die Bildung an. Daher setzen wir auf Alphabetisierung, Schulabschluss und Berufsqualifikation als Grundlage einer erfolgreichen Ausbildung der eingewanderten Kinder! Erfolgreiche Integrationsarbeit muss ihren Schwerpunkt auf die **Schaffung einer gemeinsamen Zukunft** in unserer gemeinsamen Heimatstadt legen.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Dieser ist geprägt von einem steten **Aufeinanderzugehen**, um das friedliche und gedeihliche Miteinander von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu ermöglichen und zu fördern. Um eine angespannte Situation zu entschärfen, ist, neben integrativen und somit langfristigen Maßnahmen, oftmals auch ein kurzfristiges Eingreifen der Ordnungsbehörden erforderlich. Kontrollmöglichkeiten können aber nur

dann greifen, wenn die einzelnen Behörden eng verzahnt miteinander arbeiten. Handlungsbedarf besteht auch bei der Beschleunigung von laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen in Duisburg gemeldete Tatverdächtige. Insbesondere ist sicherzustellen, dass sich Beschuldigte nicht durch Änderung der Adresse dem Strafverfahren entziehen. Verfahren, die sich über Monate hinziehen, verfehlen ihre abschreckende Wirkung. Wie erfolgreich wir dabei sind, wie gut uns Integration gelingt, wird die Zukunft unserer Stadt entscheidend prägen.

Unser Ziel ist eine zeitnahe Entflechtung der bestehenden Konzentration von Armutsflüchtlings an bestimmten Standorten und eine Verbesserung der Situation von Anwohnern und Einwanderern zur Förderung einer nachhaltigen Integration. Durch eine ständige Erfolgskontrolle mit einem jeweiligen Statusbericht zu den Problemquartieren entsteht eine von uns dringend eingeforderte Versachlichung. Die Leittragenden sind sonst die Anwohner, deren Geduld nicht länger strapaziert werden darf.

Der Gebietskörperschaft Duisburg fällt in diesem Zusammenhang die entscheidende Rolle zu, das umfangreiche und vielfältige Integrationsgeschehen in der Stadt zu koordinieren und politisch wie gesellschaftlich mitzugestalten. Interkulturelle Urbanität durch respektvollen Umgang, **gegenseitige Anerkennung** und aktive Mitgestaltung des Zusammenlebens, die Akzeptanz einer sich durch Migration verändernden Gesellschaft sowie die **Bekämpfung** jeglicher Form **von Fremdenfeindlichkeit** sind die tragenden Säulen gelingender Integrationspolitik, zu denen sich die CDU ausdrücklich bekennt.

Rheinhausen/Rumeln-Kaldenhausen, April/Mai 2014